

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Keine Laufzeitverlängerung für das Atomkraftwerk Esenshamm**

Atomenergie trägt aktuell nur rund 2 % zur weltweiten Gesamtenergieversorgung bei. In Deutschland beträgt der Anteil an der Stromversorgung zwischen 20 und 30 % mit sinkender Tendenz. Ein Unfall hätte potenziell fatale Folgen für Mensch und Umwelt; hinzu kommt die bisher ungeklärte Frage der Atommüllendlagerung. Dieser weltweit geringe und in Deutschland zurückgehende Anteil an der Energieversorgung kann nur einen vernachlässigbaren Teil zur Senkung der CO₂-Emissionen und des Klimaschutzes beitragen. Und schon jetzt beträgt der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung in Deutschland knapp 15 % mit klar steigender Tendenz.

Die bundespolitische Entscheidung, die Nutzung von Atomenergie in Deutschland zu beenden, war und ist vor diesem Hintergrund richtig und unterstützenswert. Das im Jahr 2000 getroffene und 2002 rechtlich umgesetzte Abkommen zum Atomausstieg („Atomkonsens“) zwischen damaliger Bundesregierung und führenden Energieversorgungsunternehmen legt eine Laufzeitbegrenzung der Atomkraftwerke in Deutschland auf 32 Jahre seit jeweiliger Inbetriebnahme des Atomkraftwerks fest.

Der derzeit in Atomkraftwerken erzeugte Stromanteil kann durch andere Formen der Energieerzeugung ersetzt werden, sodass nach 2020 keine Versorgungslücke entstehen wird. Die zukünftige Energieversorgung liegt insbesondere im Ausbau der erneuerbaren Energien. Zudem ist das Land Bremen ein wichtiger Windenergiestandort mit hohem Arbeitsplatzpotenzial für die gesamte Region.

Am vereinbarten Atomausstieg muss festgehalten werden. Dies gilt in besonderem Maße für das aktuell wieder debattierte Atomkraftwerk Esenshamm, das sich in unmittelbarer Nähe zur bremischen Landesgrenze an der Unterweser befindet und dessen Laufzeit 2012 endet. Ein aktuelles Gutachten legt hier zudem den Schluss nahe, dass die Sicherheitsstandards in diesem Atomkraftwerk heutigen Anforderungen nicht gerecht werden, sodass eine schnellstmögliche Abschaltung zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung notwendig ist.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich bei der niedersächsischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass die im Atomkraftwerk Esenshamm bemängelten Sicherheitsdefizite unverzüglich beseitigt werden und – sofern dies nicht möglich ist – mit sofortiger Wirkung die Betriebserlaubnis des Atomkraftwerks zu entziehen ist.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich bei der Landesregierung in Niedersachsen dafür einzusetzen, dass die Laufzeitverlängerung des Atomkraftwerks Esenshamm nicht über 2012 verlängert wird.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bezeugt ihre Zustimmung zum 2002 vereinbarten Atomkonsens und sieht weiterhin für die Energieerzeugung durch Atomkraftwerke keine Zukunftsfähigkeit im Vergleich zu alternativen Energieformen.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich auf Ebene des Bundes generell gegen Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken einzusetzen.

Dr. Maike Schaefer,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Dennhardt,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD